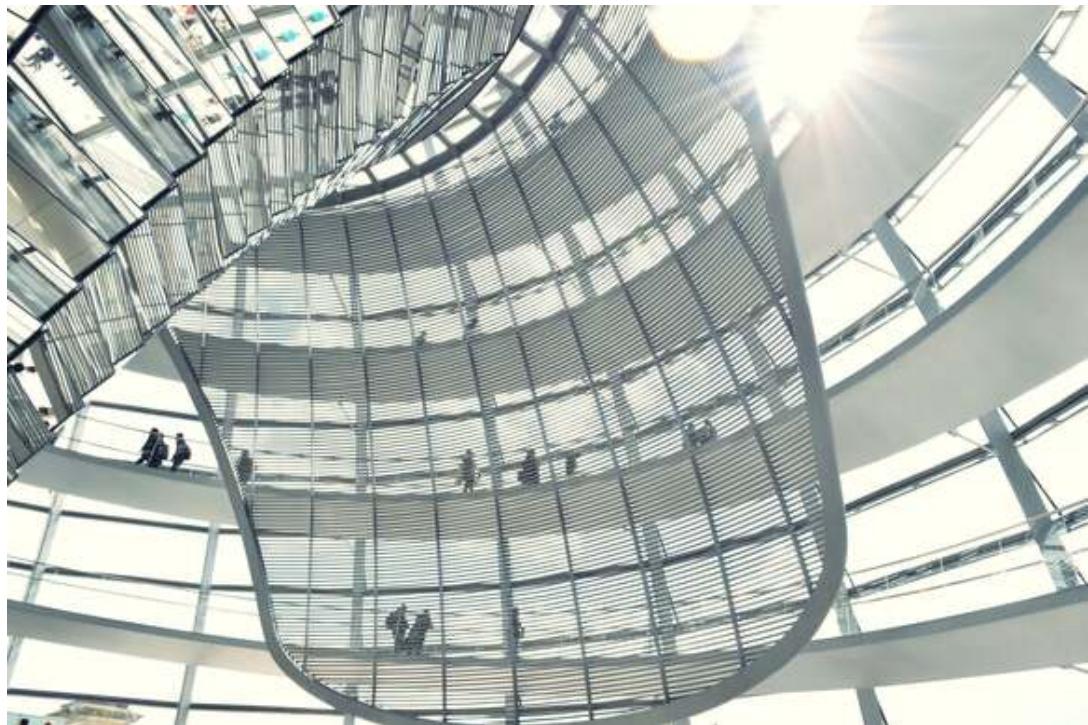


bpa.newsletter

Ihr bpa.newsletter: Mit dem Wichtigsten aus Pflege, Eingliederungshilfe sowie Kinder- und Jugendhilfe. Von aktuellen politischen Entwicklungen über Branchentrends bis hin zu Fachinformationen.

**Heute mit einer Sondermeldung für Sie zur
Veröffentlichung der Ergebnisse der Bund-Länder-AG zur Pflegereform.**



Ergebnisse der Bund-Länder-AG zur Pflegereform ("Zukunftspakt Pflege")

Gestern Nachmittag wurden in Berlin die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflegereform öffentlich vorgestellt. (Bereits Anfang Dezember hatten wir Sie dazu über die uns vorliegenden internen Entwürfe informiert.)

Im Wesentlichen gab es keine großen Veränderungen und wir bleiben bei unserer Bewertung: **Die Lösungsvorschläge sind enttäuschend, weil sich darin keine adäquaten Antworten auf die bereits bestehende und sich verschärfende pflegerische Versorgungskrise finden.**

Zu wesentlichen Punkten, insbesondere der Finanzierung, ist keine Einigung erzielt worden. Bei den Reformvorschlägen zum Leistungsrecht sind einige Formulierungen noch vager geworden; zudem ist immer noch die völlig lebensfremde Möglichkeit vorgesehen, dass Kommunen und Pflegekassen selbst Träger von Pflegeeinrichtungen werden können. Die Zusammenfassung der Beratungsleistungen findet sich nicht mehr ausdrücklich im Papier, stattdessen ist von einer „Weiterentwicklung“ die Rede. Nach wie vor sollen diese Leistungen auch durch „Kommunen und weitere Akteure erbracht werden“. Verschiedene ambulante Leistungen „können“ in einem Sachleistungs- und einem Entlastungsbudget gebündelt werden.

Als „weitere“ Entlastung von Bürokratie werden **Maßnahmen für mehr Flexibilität beim Personaleinsatz und zum Abbau von doppelten Vorgaben auf Landes- und Bundesebene** verkauft. Über einen Konjunktiv kommt man dabei nicht hinaus: „Dafür könnten regulatorische Vorgaben im Hinblick auf mögliche Vereinfachungen in den Blick genommen werden.“ Diese **Zurückhaltung** ist völlig unverständlich – die Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch, u.a. mit unserem [Positionspapier zur Entbürokratisierung](#).

Der bpa hat immer wieder die **wirtschaftliche Belastungen der Pflegeeinrichtungen durch schleppende Vergütungsverhandlungen und Zahlungsverzögerungen** insbesondere der Sozialhilfeträger zum Thema gemacht. Wenn man es positiv sehen will, ist es ein Erfolg, dass es diese beiden Themen in das Abschlusspapier geschafft haben; aber der Beschluss dazu ist völlig enttäuschend: „Zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten in der Hilfe zur Pflege (SGB XII) und der Dauer von Vertragsverhandlungen sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden.“ Auch dazu hat der bpa konkrete Umsetzungsvorschläge gemacht, die hätten beschlossen werden können. Dazu hatte man entweder nicht den Mut oder nicht den Willen. Beides können wir uns angesichts der derzeitigen Situation nicht länger leisten. Bei der **Digitalisierung** sollen jetzt immerhin **verbesserte Refinanzierungsmöglichkeiten „geprüft“ werden** – unser [Positionspapier zur Digitalisierung](#) hat offenbar gewirkt.

bpa-Präsident Bernd Meurer hat die Ergebnisse in unserer gestrigen Pressemitteilung als "ein Register der Ratlosigkeit" und mögliche **neue pflegerische Versorgungsangebote durch die Kommunen als Irrweg** bezeichnet.

„Diese Eckpunkte sind ein Register der Ratlosigkeit.“

— **BERND MEURER**
bpa-Präsident



bpa

Hier gelangen Sie zur Pressemitteilung mit Bernd Meurers
Kommentar

bpa-Präsident Meurer hat Beratungen über ein Versorgungssicherungsgesetz eingefordert, damit Betroffene künftig überhaupt noch eine Chance haben, professionelle Unterstützung zu finden. Diese Beratungen werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene stattfinden.

In Sachsen-Anhalt und Hamburg haben die Landesregierungen bereits zu Gesprächenrunden mit den Verbänden eingeladen. Wir gehen davon aus, dass es in weiteren Bundesländern ebenfalls zu entsprechenden Terminen kommen wird.

Der bpa wird das Thema Versorgungssicherheit in allen Gesprächen in großer Einheit einbringen - auf Bundesebene aber auch in den Ländern - denn dieses Thema muss mit der nächsten Pflegereform angegangen werden.

Zum weiteren Fahrplan („Roadmap“) der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ist vorgesehen, dass nach den Gesprächen mit den Verbänden die Finanzierung vom Bundesgesundheitsministerium mit den Ländern beraten werden soll. Anschließend soll ein **Gesetzentwurf erarbeitet werden, der Ende 2026 in Kraft treten soll**. Damit ist also klar: Die angekündigte Pflegereform wird ein Schwerpunkt in der Arbeit des bpa für das kommende Jahr.

Meurer zur Reform-Kommission in den Medien

Dass Pflegeeinrichtungen, Beschäftigte und Pflegebedürftige mit einem „Register der Ratlosigkeit“ zurückgelassen werden, ist ein deutliches Warnsignal △, das bpa-Präsident Bernd Meurer auch gegenüber der BILD klar benannt hat.

Hier gelangen Sie zum BILD-Artikel

BILD STARTSEITE NEWS POLITIK REGIO UNTERHALTUNG KAUFBERATER SPORT FUSSBALL RATGEBER GESELLSCHAFT SEX & LIEBE AUTO SPIELE

Reform-Kommission liefert nur Blabla

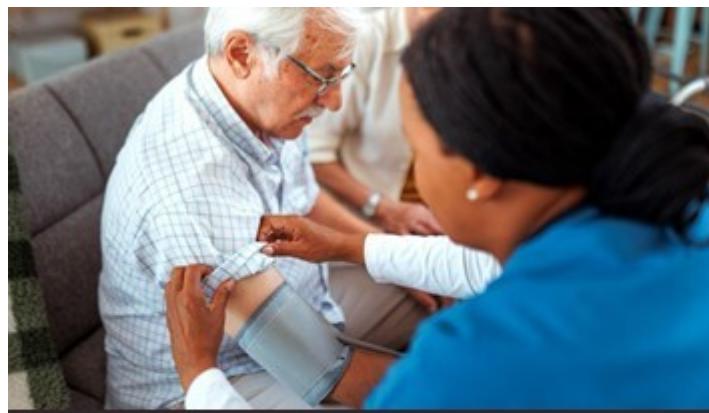
Pflege-Fiasko für die Gesundheitsministerin!

Spätestens in einem Jahr droht der Beitragsschok



Nina Warken (46, CDU) ist seit sieben Monaten Gesundheitsministerin

Große Präsenz in den Medien: Viele weitere Zeitungen und Portale, darunter die tagesschau, der Deutschlandfunk und die Braunschweiger Zeitung, haben unsere Kritik am Eckpunkte-Papier aufgegriffen. Mit Klick auf das Bild gelangen Sie zu den jeweiligen Artikeln:



Gesundheitspolitik - "Register der Ratlosigkeit",
"bittere Enttäuschung", "ein Witz". Ergebnisse der
Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflege scharf
kritisiert

deutschlandfunk.de



Meurer zu Bund-Länder-Eckpunkten für die Pflege:
braunschweiger-zeitung.de



Bund-Länder-Vorschläge zu Pflegereform:
Zwischen Kritik, Enttäuschung und Ratlosigkeit
tagesschau.de

Impressum

© bpa e. V., Berlin, Friedrichstraße 148, 10117 Berlin, Tel.: 030/30 87 88 60, Fax: 030/30 87 88 89, www.bpa.de, bund@bpa.de. Vertretungsberechtigter Vorstand: Bernd Meurer (Präsident), Margit Benkenstein (stellv. Präsidentin). Vereinsregisternummer: Amtsgericht Hamburg, VR 7640, Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 214 658 052. Verantwortlich i. S. v. § 10 Abs. 3 MDStV und § 55 Abs. 2 RStV: Norbert Grote, Redaktion: Anna Schwarz

[Abmelden / Unsubscribe](#)